

**Dringliche Interpellation SP-GRÜ-Fraktion:
«Private Unterbringung von Flüchtlingen»**

Die dramatischen Bilder flüchtender Menschen berühren uns alle zu tiefst. Die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit der Flüchtlingsproblematik sensibilisiert grosse Teile der St.Galler Bevölkerung. Zahlreiche Private wie auch kirchliche Organisationen sind für eine aktive Mithilfe bei der Bewältigung der Krise bereit. Immer mehr Privatpersonen sehen sich zum Handeln herausgefordert. Neben Sachspenden bieten Organisationen und Einzelpersonen substantielle Hilfe an, indem sie sich bereit erklären, Flüchtlinge und Asylsuchende privat unterzubringen.

Obwohl in den nächsten Wochen und Monaten mit steigenden Flüchtlingszahlen gerechnet werden muss, stossen potenzielle Gastgeberinnen und Gastgeber aber auf Widerstand. Im Gegensatz zu vergleichbaren Kantonen (z.B. Aargau, Bern, Waadt) konnte sich die private Beherbergung in St.Gallen noch nicht etablieren. Das erstaunt, zumal die private Unterbringung bei professioneller interkultureller Begleitung eine einfachere und schnellere Integration ermöglicht. Dies trifft besonders bei bereits anerkannten und vorläufig aufgenommenen Personen sowie bei Menschen mit reeller Chance auf einen dauerhaften Aufenthalt in der Schweiz zu.

Es gibt beispielsweise das Gastfamilienprojekt der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH). Dieses koordiniert die Angebote von möglichen Gastgeberinnen mit den Ansprüchen der zuständigen Behörden und unterstützt Flüchtlinge und Gastgeber bei Bedarf mittels interkultureller Begleitung. Auch kirchliche Organisationen sind bereit, entsprechend «vermittelnd» tätig zu werden.

Wir bitten die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt sich die Regierung zum Angebot einer privaten Unterbringung von Flüchtlingen?
2. Bestehen die Grundlagen, dass private Angebote – mit entsprechender Begleitung – genutzt werden können?
3. Welche Möglichkeiten hat die Regierung in Zusammenarbeit mit den Gemeinden private Unterbringungen zu koordinieren und zu unterstützen?
4. Ist die Regierung bereit, in Ergänzung zu den bestehenden Angeboten mit kirchlichen und anderen Organisationen (beispielsweise SFH) zusammenzuarbeiten?»

14. September 2015

SP-GRÜ-Fraktion